
Eine Frage der Haltung

Wie konservativ kann und soll die Union sein?

Andreas Rödter

Die Union des Jahres 2009 steht unter einer doppelten Spannung. Zum einen ist sie in einer großen Koalition gezwungen, sich politisch mit der Partei zu vereinbaren, die in normalen Zeiten ihr eigentlicher politischer Gegner ist. Der Zwang zum Kompromiss drückt zwangsläufig auf das eigene Profil. Zum anderen verlangt ein immer schneller werdender, zunehmend unabsehbarer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel der Zeiten nach Anpassung. Wie diese zu bewerkstelligen ist, ohne das eigene Profil zu verlieren, stellt die eigentliche Kunst politischer Führung jenseits der tagespolitischen Selbstbehauptung dar.

Eine besondere Herausforderung bedeutet die Anpassung an den Wandel für konservative Politik: ist doch der Konservatismus die Bewegung des Bewahrens, die dabei freilich nie stehen bleiben kann. Vielmehr steht sie selbst im Wandel, dem sie ihre Existenz als politische Strömung überhaupt erst verdankt. Konservative Politik kann, will sie nicht in reaktionärer Beharrung erstarren, nicht statisch sein, wie schon der britische Premierminister Lord Derby im Jahr 1858 wusste: „es könnte keinen größeren Irrtum geben als anzunehmen, eine konservative Regierung bedeute eine unbewegliche Regierung. [...] In der Politik muss dieselbe Richtung verfolgt werden wie in allen anderen Dingen: beständiger Fortschritt, Verbesserung des Bestehenden, Anpassung an die gewandelten Umstände

und die Bedürfnisse der Gesellschaft.“ Dies zu leisten ist aber das zentrale Problem und die eigentliche Kunst der Konservativen.

Wie konservativ kann und soll die Union aus Christdemokraten und Christsozialen in den Turbulenzen des frühen 21. Jahrhunderts sein? Die Frage zu stellen, heißt zugleich, nach dem politischen Kompass der Union zu fragen und nach der allgemeinen Richtung, in die sie sich orientiert. Zunächst aber ist zu klären, was überhaupt konservativ ist. Im Folgenden wird in historisch-politischer Perspektive argumentiert, dass konservatives politisches Denken sich nicht durch fixe Inhalte auszeichnet. Konservatismus ist vielmehr als eine Grundhaltung des politischen Denkens zu verstehen, die sich an drei Elementen orientiert: an ihrem Menschenbild, an einer Denkform in den Kategorien praktischer Vernunft und am Vorrang der Bürgergesellschaft vor dem Interventionsstaat. Was dabei vorderhand theoretisch-abstrakt klingen mag, hat indessen unmittelbare, sehr konkrete Auswirkungen für die praktische Politik.

I. Konservatives Denken: praktische Vernunft und Bürgergesellschaft

„Zu viele Geister haben,“ wie John Pocock in seiner Einführung zu einer Edition von Edmund Burkes „Reflections on the Revolution in France“ feststellte, „aus zu vielen Gründen versucht, zu viele Dinge zu bewahren“¹, als dass sich so etwas wie ein fester Kanon politischer Inhalte von Konservatismus benennen ließe. Vielmehr ist es oftmals so, dass der Konservative heute verteidigt, was er gestern radikal abgelehnt hat – die Demokratie zum Beispiel. Umgekehrt sind viele Inhalte, die dem Konservatismus landläufig zugeschrieben werden – unumschränkter Markt, ein

starker obrigkeitlicher Staat im Sinne innerer Sicherheit sowie ein an Nationalismus mindestens grenzendes Verhältnis zur eigenen Nation – in historischer Perspektive keineswegs spezifisch konservativ. Im Gegenteil: starker Staat, Nation und freier Markt sind von Konservativen historisch oftmals gerade bekämpft worden.

Konservatismus kennt keine ursprüngliche Programmschrift im Sinne eines ‚konservativen Manifests‘. Am ehesten wird dieser Rang Edmund Burkes „Reflections on the Revolution in France“ aus dem Jahr 1790 zugeschrieben. Aber auch sie entfalten ihre Bedeutung weniger über konkrete Inhalte als vielmehr durch bestimmte Denkweisen und Argumentationsmuster. Was konservativ ist, lässt sich nur aus historischer Empirie und politischer Theorie abstrahieren.² Was bleibt, ist eine Form des politischen Denkens.

Zugrunde liegt dem konservativen Denken ein Menschenbild, das sich mit christlichen Vorstellungen trifft und das sich aus verschiedenen Facetten zusammensetzt. Dazu zählen die Unterschiedlichkeit der Menschen, dazu zählt die Auffassung von der Person, deren Begründung außerhalb des Menschen selbst, jenseits seiner Leistungen und seiner Würde liegt, und dazu zählt die Vorstellung vom unvollkommenen Menschen: „Dünn ist die Kruste der Zivilisation über der brodelnden Lava menschlicher Leidenschaften“, schrieb der nachmalige 3. Marquess of Salisbury im Jahr 1857.³ Nicht dass der Mensch von Grund auf schlecht ist, so möchte man modifizieren, aber das christlich-konservative Menschenbild ist das der unaufhebbar gemischten Menschennatur.

Dies hat unmittelbare politische Auswirkungen. Denn der unvollkommene Mensch ist konsequenterweise auch nur unvollkommen in der Lage, die Welt zu erkennen und zu gestalten. Konkret: er sieht das Ende nicht ab und er

kennt die Zukunft nicht. Es ist eine konservative Grunderfahrung, die akute Aktualität gewonnen hat: Was dem Zeitgeist heute als richtig erscheint, kann sich morgen in das Gegenteil verkehrt haben. Daraus folgt eine höchst praktische Vorsicht: Der oder die Konservative wird die Welt und die Gesellschaft nicht nach einem bestimmten Modell umgestalten wollen – es könnte sich ja morgen als falsch herausstellen. Konservatives Denken bedeutet, behutsam mit dem Bestehenden umzugehen, es pragmatisch zu verbessern statt zu Radikallösungen und Kahlschlag zu greifen – es heißt ganz allgemein: eine Politik „auf Sicht“ zu betreiben und nach „Maß und Mitte“ zu suchen, wie Erwin Teufel sein Buch aus dem Geiste praktischer Vernunft betitelt hat⁴.

Dies wurzelt in einer Denktradition, die tief in der abendländischen Geistesgeschichte und einem fundamentalen Streit über das Verständnis der Welt verwurzelt ist, der die unterschiedlichen Denktraditionen – kurz: links oder bürgerlich – bis heute prägt. Im mittelalterlichen Universalienstreit ging es um das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem, und dabei prallten die Tradition der platonischen Ideenlehre und die des aristotelisch-thomistischen Realismus aufeinander.

In ihrem Kern besagt die platonische Ideenlehre, dass das Allgemeine *vor* dem Besonderen existiert, dass die Ideen Vorrang vor der Wirklichkeit haben. Dieses deduktive Denken geht vom Allgemeinen zum Besonderen, es leitet sich von der Idee, von der Theorie, vom Modell her. Es ist nicht konservativ.

Konservatives Denken steht in der Tradition des Aristoteles und des Thomas von Aquin: das Allgemeine existiert demzufolge nicht *vor* dem, sondern nur *im* Besonderen. Dieses Denken geht vom Besonderen zum Allgemeinen, es leitet sich von der Erfahrung her statt von der Theorie oder vom Modell. Es denkt induktiv statt deduktiv, es folgt

lieber dem Instinkt als einer strikt rationalen Logik. „Gefühl und Erfahrung lehren uns“, so sagte Austen Chamberlain 1924 vor dem englischen Unterhaus, „daß die menschliche Natur nicht logisch ist, und dass durch den weisen Verzicht darauf, Dinge bis an ihre logisches Ende zu treiben, der Weg der friedlichen Entwicklung zu finden ist.“⁵

Dem entspricht auch das konservative, jedenfalls ein liberal-konservatives Politikverständnis. Aufgabe der Politik ist es demzufolge, die Bedingungen für gelingendes Leben zu schaffen – wie dies dann konkret ausgestaltet wird, ist die individuelle Angelegenheit der Einzelnen. Dieses Verständnis unterscheidet sich grundlegend von einer Politik, die einem theoretisch-deduktiven Modell folgt und die Verhältnisse danach umzugestalten sucht.

Das Leitbild eines solchen Konservatismus ist also nicht konsequente rationale Theorie, sondern erfahrungsgestützter *common sense*. Das ist ein weiterer Zentralbegriff konservativen Denkens, der abermals auf Aristoteles zurückgreift: auf das Konzept der Mitte – Horaz sprach von der „goldenen Mitte“ – zwischen den Extremen, die sich auch in der Kardinaltugend der Besonnenheit niederschlägt.

„Common sense“ hat dabei im angelsächsischen Sprachgebrauch eine weitere und umfassendere Bedeutung als in der deutschen Übersetzung des „gesunden Menschenverstandes“. *Common sense* hat eine sozial-moralische Dimension, es enthält die – meist unausgesprochene – allgemeinverbindliche Vorstellung von „falsch“ und „richtig“. In diesem Sinne ist das Schlangestehen in England *common sense*, dass man, wenn zu warten ist, eine Schlange bildet und sich hinten anstellt und nicht schießt, wie man möglichst an Kasse 2 schneller vorankommt als an Kasse 4. Dieser *common sense* geht über die praktischen Aspekte der Kassenabwicklung weit hinaus: Vordrängeln ist etwas, das man nicht tut, und darin steckt eine moralische Grundvorstellung von Individuum und Gemeinschaft.

Wer aber bestimmt darüber, was *common sense* oder praktische Vernunft ist, so mag man fragen, wer gibt „Maß und Mitte“ das Maß? Es gibt für eine solche praktische Vernunft keine theoretische Letztbegründung, es gibt nur eine pragmatische und erfahrungsbewährte Übereinkunft von „falsch“ und „richtig“, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Sie muss sich immer wieder selbst prüfen, um nicht zur Willkür gegen Andere zu werden, und auch sie unterliegt dem Wandel. Auch gibt ein solcher Maßstab einer praktischen Vernunft keineswegs die konkreten Antworten auf einzelne Fragen vor, er schließt also Differenzen und Kontroversen keineswegs aus. Aber er steckt den Rahmen ab, innerhalb dessen gemeinsames Argumentieren und schließlich Verständigung möglich werden; er umschreibt den gemeinsamen politischen Denkhorizont der Unionsparteien.

Die politische Formierung des Konservatismus als „Selbstbewußtwerdung“ eines Denkstils⁶ in der Auseinandersetzung mit dem Rationalismus der Aufklärung und der Französischen Revolution zu sehen, ist die eine historische Interpretation. Ein anderer Strang der Forschung setzt die Entstehung des Konservatismus in der Frühen Neuzeit an: im Widerstand des Adels gegen den starken Staat des Absolutismus⁷. Um eine lange Geschichte des konservativen Denkens über Staat und Gesellschaft sehr kurz zu machen: Die Gesellschaft der gemeinwohlverpflichteten Bürger rangiert seinem Verständnis nach vor dem Staat – sowohl vor dem bürokratischen Macht- oder Obrigkeitsstaat, als auch vor dem allzuständigen Fürsorge- und Interventionsstaat.

Dies unterscheidet Konservatismus wesentlich von Sozialismus und Sozialdemokratie. Zugleich rückt es konservatives Denken in die Nähe des Liberalismus, wo sich der antidemokratische, antipluralistische und antimoderne Konservatismus in Deutschland vor 1945 freilich keines-

wegs befand. Das unterschied ihn vom angelsächsischen Konservatismus, der sich bereits im mittleren 19. Jahrhundert auf den Boden der modernen Industrie- und Massengesellschaft bewegte. Nachdem der alte preußisch-deutsche Konservatismus im Nationalsozialismus aber endgültig diskreditiert worden war, erlebte konservatives Denken in der Bundesrepublik eine eigentümliche Renaissance und Metamorphose zugleich. Ein liberaler Konservatismus schwenkte auf die parlamentarisch-demokratischen Traditionen des angelsächsischen Konservatismus ein.⁸ Zugleich ging er in den christlichen Unionsparteien eine Verbindung mit bürgerlich-liberalen Vorstellungen und dem Gedankengut der christlichen Gesellschaftslehre ein. Auf diese Weise erkannte er nun auch der Gesellschaft den Vorrang vor dem Obrigkeitsstaat zu, öffnete sich für gesellschaftlichen Pluralismus, betrat den Boden der Moderne und prägte zugleich die Denkform der Christdemokratie.

Nur als weltoffener, liberaler Konservatismus auf dem Boden seiner Zeit – der Moderne ebenso wie der Postmoderne – war und ist dieser Konservatismus politisch handlungsfähig, dabei wie zu allen Zeiten mit dem Problem konfrontiert, sich als Bewegung des Bewahrens dem Wandel anzupassen. Der politische Ort dieses Konservatismus lag und liegt zwischen rückwärtsgewandter Modernisierungsverweigerung einerseits und radikaler Modernisierung, die alles Bestehende der vermeintlichen Innovation opfert, andererseits. Die politische Aufgabe eines solchen Konservatismus ist es demgegenüber, den unvermeidlichen Wandel behutsam und verträglich zu gestalten – es geht darum, wie der bereits zitierte Lord Salisbury mit einer menschenfreundlichen Weisheit sagte, deren Bedeutung sich erst auf den zweiten Blick erschließt, den Wandel zu verzögern, bis er harmlos geworden ist.⁹

Dieses skeptische Verhältnis zu dem, was die Zeitgenossen für gewöhnlich „Fortschritt“ nennen, unterscheidet konservatives Denken klassischerweise wiederum vom liberalen. Hinzu kommt ein stärkeres Element an sozialer Verantwortung gegenüber den Kräften des freien Marktes. Im Gegensatz zum alles regulierenden Interventionsstaat setzt der christdemokratisch imprägnierte Konservatismus dabei auf das Prinzip der Subsidiarität. Der oder die Einzelne soll zunächst leisten, was er zu leisten vermag und sich so weit wie möglich selbst verantworten. Dasselbe gilt für Einheiten von Menschen, vor allem für die Familie als die berühmte „Keimzelle der Gesellschaft“. Wenn sie aus sich selbst heraus jedoch nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, dann – aber auch erst dann – haben sie Anspruch auf Hilfe durch die nächst höhere Einheit. Solidarität ist in dieser Vorstellung keine Einbahnstraße, sondern ein zweiseitiger Prozess, zu dem auch die Solidarität des Einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen gehört: alles zu tun, um die Hilfe der Gemeinschaft nicht in Anspruch nehmen zu müssen.

Hier fügt sich auch das bürgergesellschaftliche Politikverständnis wieder ein: die Aufgabe der Politik liegt darin, Grundlagen gelingenden Lebens im Rahmen des Gemeinwohls bereitzustellen, die konkrete Ausgestaltung – den *pursuit of happiness*, wie es in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung hieß – aber den Individuen zu überlassen. Diesen Pluralismus hat sich der deutsche Konservatismus erst angewöhnen müssen, und doch liegt er in einem konservativen Denken angelegt, das sich der Moderne als unhintergebar Grundlage der Gegenwart öffnet. Es geht von der Person, von bürgerlicher Selbstverantwortung und von der Gesellschaft aus, nicht von Modellen, die vom Staat aus in einem *top-down*-Prozess implementiert werden. Dies ist – abermals – nichts anderes als der Unterschied zwischen platonischem und aristotelisch-tho-

mistischem Denken, der sich somit in ganz praktisch-politischen Unterschieden manifestiert.

Konservatismus lässt sich also als eine politische Denkweise auffassen, die sich erstens von erfahrungsgeleiteter praktischer Vernunft im Zeichen des Maßes und Mitte leiten lässt, um behutsame Anpassung an den Wandel der Zeiten zu leisten, und die zweitens von einem bürgerschaftlichen Staats- und Politikverständnis ausgeht. Beides hat freilich in den vergangenen Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Denn mit dem Durchbruch der Globalisierung und einer radikalisierten Marktökonomie auf der einen Seite, einem weiter vordringenden Interventionsstaat auf der anderen hat sich eine Form des öffentlichen Diskurses, der Mechanismen politischen Denkens und Redens herausgebildet, die dem konservativen Denkstil ganz zuwiderläuft.

Mit den ökonomischen Liberalisierungen im Rahmen der Globalisierung und des radikalisierten Marktes im Zeichen des *shareholder value* ist zugleich eine Ökonomisierung, genauer: eine Ökonometrisierung des Denkens vorgezogen. Die Volkswirtschaftslehre hat sich von einer qualifizierenden Nationalökonomie zu quantifizierenden Modellen umorientiert, während die Betriebswirtschaft dominiert und ein Denken in Kategorien von Statistiken, Evaluationen und Rankings sowie Modellen der Effizienzoptimierung verbreitet hat.¹⁰

Dieses Denken traf auf eine Gesellschaft, in der sich ein allgemein verbindliches Gefühl für ‚falsch‘ und ‚richtig‘ durch die postmoderne Pluralisierung der Leitbilder und der Lebensformen aufgelöst hatte – von der „Zerschlagung der Gewissheit“ sprach der Philosoph Zygmunt Baumann¹¹. Ersatz für diese verlorene Gewissheit versprach: die Zahl – von Pisa-Statistiken über Uni- und Ärzterankings, Studierendenquoten oder die Anzahl der Kontaktmi-

nuten zwischen Eltern und Kindern bis zu Studienreformen nach Maßgabe von *credit points* und studentischer *workload*. Außerhalb des Marktes aber, auf der Ebene der Gesellschaft, wirkte solches statistisch-quantifizierende Denken gerade nicht liberalisierend, sondern – vor dem großen geistesgeschichtlichen Hintergrund nicht verwunderlich – im Gegenteil regulierend. Es verband sich mit dem immer tiefer in die Gesellschaft vordringenden Sozialstaat, der „zum Generalagenten der Lebenszufriedenheit“ der Bürger „mit nahezu allumfassender Zuständigkeit“¹² geworden war.

Auf gesellschaftlicher Ebene grenzt das Denken in quantitativ-statistischen Kategorien an Planerfüllung. So beklagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, er fände 40 % Studierende eines Jahrgangs besser als 37. „Noch sagt er nicht“, kommentierte Jürgen Kaube in der FAZ, „fünzig oder sechzig Prozent, was er aber genauso gut sagen könnte, weil er zwischen ‚besser‘ und ‚mehr‘ gar keinen Unterschied macht. Mehr ist einfach besser.“¹³ Zahl geht vor Sinn.

„Bloße Zahlen“ aber, so wussten die Konservativen des 19. Jahrhunderts, „sind reines Durcheinander“¹⁴ – „Lügen, verdammte Lügen, Statistiken“, soll Benjamin Disraeli gesteigert haben, und selbst wenn es nicht wörtlich stimmen sollte, ist es jedenfalls treffend zugeschrieben. Nicht in Kategorien der Zahl sondern in Kategorien des Sinns zu denken, ist ein weiterer elementarer Bestandteil jener konservativen Denkform, die sich an *common sense* und praktischer Vernunft anstelle von Theorien, Modellen und Zahlen orientiert.

Die Spannung zwischen einem dominierenden politischen Denken unter der Herrschaft der Zahl und der modellhaften Regulierung einerseits und einem qualifizierenden konservativen Denken andererseits sollen im Folgenden exemplarisch anhand zweier Gegenstandsbereiche

erörtert werden, die klassischerweise im Zentrum bürgerlich-konservativer Gesellschaftsauffassungen liegen: Familie und Bildung.

II. Anwendungsprobleme

Lange Zeit folgte der *mainstream* der Union dem Leitbild der bürgerlichen Familie im engeren Sinne, wie es sich im 19. Jahrhundert herauskristallisiert hatte und in den fünfziger Jahren seine eigentliche Hochzeit erlebte: dem Modell des erwerbstätigen Vaters und Haushaltsvorstands und der nichterwerbstätigen Hausfrau und Mutter. In diesem Modell der bürgerlichen Familie war von vornherein eine Spannung angelegt: Sie war Teil jenes bürgerlichen Gesellschaftsentwurfs, in dem die Männer ihre soziale Position durch Bildung und beruflichen Erfolg (statt, wie in der ständischen Gesellschaft, durch Geburt) erwarben. So lag es in der Logik der bürgerlichen Moderne, dass die weibliche Emanzipationsbewegung bei der Berufstätigkeit ansetzte, was wiederum in ein notorisches Spannungsverhältnis zur Mutterschaft trat.

Dem trug die christdemokratische Familienpolitik der achtziger Jahre Rechnung, indem sie sich um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemühte. Dabei setzt sie auf eine sukzessive Vereinbarkeit, was wiederum, wenn sich Erziehungszeiten addierten, zu langen Phasen der Nichterwerbstätigkeit und oft zum Abbruch der beruflichen Perspektiven führte. Ende des 20. Jahrhunderts geriet eine konzeptionell kaum weiterentwickelte christdemokratische Gesellschafts- und Familienpolitik in eine wachsende Spannung gegenüber der gewandelten Realität weiblicher Berufstätigkeit und postmodern pluralisierter Lebensentwürfe.

Der mangelnden Anpassung folgte ein radikales Umsteuern mit der unionsgeführten Familienpolitik der zwei-

ten Großen Koalition. Elterngeld und ein flächendeckender Ausbau von Kinderkrippen zielte mit hohem materiellem Mitteleinsatz darauf, ein anderes familienpolitisches Leitbild zu implementieren: das Modell vollerwerbstätiger Eltern mit nach dem ersten Lebensjahr außerfamiliär betreuten Kindern. Demgegenüber wurden Frauen, die dem Leitbild der erwerbstätigen Mutter nicht entsprachen, marginalisiert. Nicht zuletzt wurde ihnen grundlegendes Misstrauen ausgesprochen, indem die Ministerin eine materielle Unterstützung derjenigen Eltern, die ihre zwei- und dreijährigen Kinder selbst betreuen, ablehnte und sogar als bildungspolitische „Katastrophe“ bezeichnete¹⁵, da viele Eltern solches Geld für Konsumgüter verwenden würden.

In dieser Argumentation stecken drei grundlegende Denkfiguren: erstens ein Denken vom Rand des Missbrauchs statt von der Mitte des rechten Gebrauchs her; dass der Missbrauch den rechten Gebrauch nicht aufhebt (*abusus non tollit usum*), ist ein alter Grundsatz, der darüber in Vergessenheit geriet. Zweitens äußert sich darin ein Denken vom Modell her statt von individueller Eigenverantwortung der einzelnen Familien und damit drittens ein Vorrang von Staatsfürsorge vor Bürgerfreiheit.

Eine moderne (und unterscheidbare) konservative Familienpolitik jenseits traditionalistischer Modernisierungsverweigerung und illiberaler Gesellschaftssteuierung hätte demgegenüber, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, bei der Freiheit und Verantwortung der Eltern und bei der Vielfalt der Familienformen angesetzt. Um Bedingungen für gelingendes Leben zu schaffen, hätte auch sie den Ausbau der Kinderkrippen vorangebracht. Sie hätte aber, statt zugunsten eines Modells zu steuern, gleichberechtigte Wahlmöglichkeiten geschaffen, damit die Eltern selbst darüber entscheiden können, ob sie ihre Kleinkinder außerfamiliär betreuen lassen oder ob sie diese Betreuung ohne materielle Benachteiligung selbst leisten wollen.

Vor diesem Hintergrund war der familienpolitische Streit innerhalb der Union mehr als ein Streit zwischen Modernisierern und Traditionalisten in einer Sachfrage. Denn weit darüber hinaus zeichnete sich eine innerparteiliche Entfremdung, eine Erosion der gemeinsamen Grundlagen im politischen Denken und Reden ab.

Dies gilt kaum weniger für die Bildung. Bildung zählt wie die Familie zu den klassischen Kernbereichen der bürgerlich-konservativen Politik- und Gesellschaftsauffassung. Im Sinne des (neu-)humanistischen Bildungsideals setzte sie auf die Persönlichkeitsbildung zu eigenständiger kritischer Urteilskraft des Individuums. In diesem Konzept lag die traditionelle Stärke des deutschen Bildungssystems, das mit dem humanistischen Gymnasium ebenso wie der deutschen Universität mit ihrem Ideal der Einheit von Forschung und Lehre weltweite Geltung gewann.

Auch hier mangelte es allerdings an notwendigen Anpassungen, konnte doch das ursprünglich für eine Elite geschaffene Konzept unter den Bedingungen der Dienstleistungsgesellschaft mit ihren erhöhten Qualifikationsanforderungen nicht mehr funktionieren. Mit den Bildungsreformen und dem Hochschulausbau der sechziger und siebziger Jahre waren die Kapazitäten erweitert, die Konzepte aber nicht angepasst worden. Insofern waren Reformen unumgänglich, und die Einführung neuer gestufter Studiengänge stellte eine nachholende Anpassung an die Massenuniversität dar, in der das humboldtsche Ideal längst nur noch eingeschränkt funktionierte.

In einem vermeintlich europaweiten Vereinheitlichungsprozess wurde den Universitäten statt behutsamer Veränderungen jedoch ein Systemwandel aufgezwungen, der die akademische Freiheit der Lehrenden und Lernenden durch eine Überregulierung erstickte, die jeder praktischen Vernunft und Erfahrung widersprach. Modellorientierte

Transformationsvorgaben führten zu teilweise chaotischen Zuständen an den mechanisch umstrukturierten Universitäten.

Zugleich wurde eine Qualitätssicherung implementiert, die sich ganz an quantitativen Kriterien bemaß. Die Summe eingeworbener Drittmittel, Zitationsindizes oder die Häufigkeit des powerpoint-Einsatzes vermögen freilich ebenso wenig inhaltliche Qualität abzubilden, wie mechanische Schulzeitverkürzungen, vorgegebene Studierendenquoten oder die Bemessung von Studiengängen noch vorgegebenen Arbeitszeitkontingenten die Bildung der eigenständig urteilsfähigen Persönlichkeit gewährleisten.

Allenthalben orientierte sich eine technokratisch-quantifizierende Bildungs- und Wissenschaftspolitik stattdessen an ökonomischem Nutzenkalkül und effizienzoptimierter Ausbildung als Teil der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Zwischen den Parteien waren darin kaum mehr Unterschiede erkennbar, während klassische bürgerlich-konservative Vorstellungen im Zeichen von individueller Persönlichkeitsbildung, Erfahrung und Inhalten auch in der Politik der Union kaum mehr Gehör fanden. Hatten sich Elterninitiativen für das Elternrecht in der Erziehung oder der Bund „Freiheit der Wissenschaft“ in den siebziger Jahren bei den Unionsparteien angesiedelt, so fand ihr Denken nun keine politische Heimat mehr.

III. Integration durch Haltung

Innerhalb der christdemokratischen Kernklientel in Partei und Wählerschaft greift der Eindruck schwindender Unterscheidbarkeit der politischen Positionen der Union um sich. Dies gilt, in jeweils unterschiedlichem Maße, neben der Familien- oder Bildungspolitik ebenso für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Sozial- oder Gesundheitspolitik.

Für die operative Politik ist es angesichts der Zwänge der Mehrheitsbeschaffung im Allgemeinen und der großen Koalition im Besonderen, zudem des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels und erst recht angesichts einer ökonomischen Krise unabsehbaren Ausmaßes schwer, ein unterscheidbares Profil aufrechtzuerhalten. Jenseits aller unvermeidlichen Kompromisse im Einzelnen aber droht der Union die Erosion ihrer identifikationsfähigen politischen Grundlagen. Das Grundvertrauen in die Verantwortungsträger, entsprechend einer gemeinsamen Grundüberzeugung zu entscheiden, es anders (und gemäß der eigenen Auffassung: besser oder richtiger) zu machen als die konkurrierenden Strömungen, gewährleistet, wie in jeder anderen Partei, die Integration auch des christdemokratischen Spektrums. Wenn dieses Vertrauen verloren geht, droht die Gefahr der Desintegration durch den Verlust der eigenen Mitte, wie sie sich inzwischen auch demoskopisch andeutet.

Daher ist die Frage, wie konservativ die Union sein kann und sein soll, mehr als nur eine Frage demoskopisch antizipierter Wähleranteile. Sie zielt auf die Seele der Partei. Was dies bedeutet, zeigt die Appellations- und Integrationskraft, die Paul Kirchhof – dem in der Öffentlichkeit allzu kurzschlüssig die Schuld für das schlechte Wahlergebnis 2005 zugeschrieben wurde, ohne dass sich die Umfragewerte seitdem jedoch verbessert hätten – mit seinem bürgerlichen Gesellschaftsentwurf in christdemokratischen Kreisen zu entfalten vermag. Oder es zeigt sich an einer genuin christdemokratischen Argumentation im Sinne praktischer Vernunft, wie sie Erwin Teufel im Zeichen von „Maß und Mitte“ praktiziert. Ob man dies konservativ, liberal-konservativ oder christdemokratisch nennt, ist letztlich eine Frage der Begriffe, deren Unterschiede im Vergleich zu staatsinterventionistischen oder technokratischen Orientierungen nachrangig sind.

Jedenfalls bezeichnen sie das Proprium einer unterscheidbaren politischen Denkhaltung, deren Unterscheidbarkeit nach wie vor besteht. Es spricht sogar manches dafür, dass die Bedeutung dieser Denkform wieder zunimmt, wenn die gegenwärtige Krise die marktökonomisch-technokratischen Standards gesellschaftlich-politischen Denkens der vergangenen Jahre außer Kraft setzt und wenn sie den Bedarf an politischer Orientierung, die Frage nach dem Sinn statt nach der Zahl aufwirft. Eine bürgerlich-konservative Denkhaltung, die sich an Maß und Mitte, an behutsamer Weiterentwicklung statt an radikaler Umgestaltung, an praktischer Vernunft statt an theoretischen Modellen, an qualifizierten Inhalten statt an quantifizierenden Statistiken, an bürgergesellschaftlicher Freiheit und Verantwortung statt an Staatsinterventionismus orientiert, vermag der Union als Kompass dienen, um kohärente, unterscheidbare und integrationsfähige politische Antworten zu finden. Dass eine solche Haltung nicht mit Machterhalt vereinbar wäre, hat noch keine Demoskopie wirklich erwiesen, und erst recht keine Erfahrung.

Anmerkungen

¹ *Pocock, J.G.A.*: Introduction, in: Ders. (Hrsg.): *Edmund Burke, Reflections on the Revolution in France*, Indianapolis 1987, S. XLIX, Anm. 1.

² Vgl. dazu *Rödder, Andreas*: *Die radikale Herausforderung. Die politische Kultur der englischen Konservativen zwischen ländlicher Tradition und industrieller Moderne*, Oldenbourg, 2002, Kap. I und IX.

³ *Cecil, Robert*: Gladstone on Kansas, in: *Saturday Review* III, Nr. 78 (25. April 1857), S. 384.

⁴ *Teufel, Erwin*: *Maß und Mitte. Mut zu einfachen Wahrheiten*, Lahr 2006.

⁵ Zit. nach *Glickman, Harvey*: *The Toryness of English Conservatism*, in: *Journal of British Studies* 1 (1961), S. 122.

⁶ Vgl. *Mannheim, Karl*: *Altkonservatismus. Ein Beitrag zur Sozio-*

logie des Wissens, Habilitationsschrift Heidelberg 1925, hrsg. von David Kettler, Volker Meja und Nico Stehr unter dem Titel: Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, Frankfurt/M. 1984, S. 71, 92f., 97 und 105.

⁷ *Kondylis, Panajotis*: Konservativismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986.

⁸ Vgl. *Hacke, Jens*: Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006.

⁹ *Roberts, Andrew*: Salisbury. Victorian Titan. London 1999, S. 834. Vgl. auch Stafford Northcote an Benjamin Disraeli, 25. Januar 1868, Iddesleigh Papers, British Library London, Add MSS 50063B, fol. 148: „nothing is so conservative as to meet the future half way and prepare the changes which are inevitable.“

¹⁰ Vgl. auch *Willgerodt, Hans*: Von der Wertfreiheit zur Wertlosigkeit, in: FAZ vom 27. Februar 2009, S. 12.

¹¹ *Baumann, Zygmunt*: Postmoderne Ethik, Hamburg 1995, S. 332.

¹² *Zimmer, Annette*: Staatsfunktionen und öffentliche Aufgaben, in: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. – Opladen 1999, S. 224.

¹³ *Kaube, Jürgen*: Wie viele Studenten braucht das Land?, in: FAZ vom 22. Juni 2007, S. 33.

¹⁴ *Croker, John W.*: Democracy, in: Quarterly Review Bd. 85, Nr. 169 (Juni 1849), S. 269.

¹⁵ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,514521,00.html> [27. Oktober 2007].